

Politischer Kurzbericht

Verhofstadt II: Frischer Wind fürs Land oder nur heiße Luft? – Belgien hat eine neue, „violette“ Regierung

VON

Martin Brunner

Praktikant im Europabüro Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung
Brüssel, 17. Juli 2003

Am Mittwoch, den 16. Juli 2003, wurde der neuen belgischen Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Schon am Samstag war das neue sozial-liberale Kabinett von König Albert II. vereidigt worden. Neuer und alter Premierminister ist der flämische Liberale Guy Verhofstadt, der gemeinsam mit den anderen liberalen und sozialistischen Verhandlungsführern das Regierungsprogramm mit dem wohlklingenden Namen „Für ein kreatives und solidarisches Belgien – Frischer Wind für das Land“ vorstellte. Mit seiner Regierungsmannschaft, einer „gesunden Mischung aus erfahrenen Politikern und jungen Talenten“, will Verhofstadt die Herausforderungen der kommenden Jahre angehen. Prioritäten sind insbesondere die Ankurbelung der Wirtschaft, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bessere Pensionsregelungen für Selbstständige und der Kampf gegen Kriminalität.

Der formelle Weg zur Regierungsbildung



Guy Verhofstadt, Albert II.

Foto: La Libre Belgique

Liberale und Sozialisten hatten sich schon im Vorfeld der Wahlen für eine Fortführung der Koalition unter Ausschluss der Grünen ausgesprochen und auch die nötigen Wählerstimmen dafür erhalten. Allerdings drückten die Verhandlungsführer ihren Wunsch aus, dass es keine bloße Wiederauflage der Regenbogenkoalition „minus

Grüne“ geben solle. *Elio Di Rupo* (PS), der als Informateur („Berichterstatter“) im Auftrag des Königs erste Vorschläge zu einer neuen Koalition machte, schlug in seinem Bericht ein stärker sozialistisches Profil vor.

Formateur („Regierungsbildner“) *Guy Verhofstadt* (VLD) übernahm jedoch nur wenig davon in seinen ersten Bericht. Die Verhandlungen unter seiner Führung wurden also ausführlich geführt, um acht Wochen nach den Wahlen zu einem Programm zu kommen, dem die vier Regierungspartner (Liberale und Sozialisten der beiden Sprachgemeinschaften) bzw. fünf Parteien (PS, MR, VLD, SP.A und Spirit) auf ihren Parteitag zustimmen konnten, bevor die Regierung am 12. Juli vom König vereidigt wurde. Im letzten Schritt wurde der Regierung vom Parlament das Vertrauen ausgesprochen.

Koalitionsverhandlungen

Während nach den letzten Wahlen 1999 die Regierung unter dem Eindruck der Dioxinkrise und dem Skandal um den Kinderschänder *Dutroux* in Rekordzeit gebildet wurde, liess man sich diesmal mehr Zeit und verhandelte härter. Bei der letzten Regierungsbildung konnte zudem noch über die Verteilung von Haushaltsüberschüssen gestritten werden, doch nun hat auch Belgien mit einem Wachstum von nur 0,5% zu kämpfen. Ausgaben im Gesundheitsbereich steigen genauso, wie die Unternehmensreform aus der letzten Legislaturperiode den Staatshaushalt belastet.

Während die Sozialisten den finanziellen Problemen mit „neuen Rezepten“ begegnen wollen, bevorzugen es die Liberalen die Ausgaben zu reduzieren.

Statt Aufbruchstimmung wie 1999 konstatierten die Zeitungen dieses Mal Verhandlungen ohne besondere Begeisterung.

Beschlossen wurden Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes wie die Senkung der Lohnnebenkosten um 800 Millionen €. Außerdem sollen durch ein Prämiensystem die niedrigsten Löhne und das Arbeitslosengeld weiter voneinander entfernt werden. Berufspendler sollen künftig kostenlos mit der Bahn fahren können, wozu die Regierung 4 Millionen € beisteuern will, während die Arbeitgeber den Rest finanzieren sollen. Ferner will die Regierung bis 2005 die Schulden der nationalen Eisenbahngesellschaft SNCB von über 7,2 Milliarden € übernehmen. Auch zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls wurden Maßnahmen beschlossen:

Die Erhöhung der Kraftstoffsteuer und eine Energiesteuer sollen helfen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.

Im Streit um Flugrouten für die Nachtflüge über Brüssel einigte man sich auf eine „gerechtere“ Verteilung des Fluglärms; durch eine Studie sollen Alternativen geklärt werden.

Offen ist noch das Thema Ladenöffnungszeiten und auch Fragen der Regionalisierung wurden noch zu weiten Teilen aus den Koalitionsverhandlungen ausgeklammert.

Leitlinien der Koalitionsvereinbarung

Verhofstadt erläuterte, im Hinblick auf die Parteifarbenlehre, dass die neue Regierung weder rot noch blau sein werde, sondern violett. Aus Sicht des Premierministers haben Liberale und Sozialisten das Beste aus ihren Parteiprogrammen verschmolzen, um den Weg der Erneuerung zu gehen. Vertrauen in die Zukunft und Absage an Schwarzmalerei und Fatalismus seien das Leitmotiv der Regierung.

Die drei großen *Leitlinien der Koalitionsvereinbarung* sind:

- Sicherung des hohen Lebensstandards in Belgien. Das hohe Niveau der sozialen Sicherung soll um jeden Preis erhalten bleiben. Um das zu erreichen, sollen u.a. die Ausgaben für das Gesundheitswesen jährlich um 4,5% steigen.
- Die neue Regierung, auch *Verhofstadt II* genannt, will der Schaffung von Arbeitsplätzen Priorität einräumen. Das Ziel liegt in der Schaffung von 200 000 neuen Arbeitsplätzen. Am Runden Tisch sollen dafür die Kräfte von Politik und Tarifpartnern gebündelt werden.
- In den Bereichen Umwelt, Mobilität und Justiz wurden einige Hindernisse aus dem Weg geräumt, u.a. bei der Reduktion der Treibhausgase durch die Umsetzung des Kyoto-Protokolls.

Zur Erreichung dieser Ziele ist die Regierung bereit, kurzfristig ein kleines Defizit zu riskieren, über den Zeitraum von vier Jahren will man jedoch einen Überschuss erwirtschaften.

Auch der sozialistische Verhandlungsführer *Elio Di Rupo* sprach davon, die Position der PS in den Verhandlungen verteidigt zu haben. Selbst wenn ihm einige Artikel in der Koalitions-

vereinbarung nicht so gut wie andere gefielen, stehe er hinter dem gesamten Abkommen, denn Kohärenz und Ausgewogenheit spiegeln sich in den Maßnahmen wider.

Die neue Regierung

Wie in der Verfassung vorgeschrieben, besteht in der Regierung ein Gleichgewicht zwischen Ministern aus den beiden Sprachgemeinschaften: sieben der 14 Minister sind Flamen, die anderen 7 Wallonen, wobei *Guy Verhofstadt* als Regierungschef bei diesem Gleichgewicht nicht mitgerechnet wird. Hinzu kommen sechs Staatssekretäre.

Um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Partnern herzustellen, wurden auch andere Ämter in die Verhandlungen einbezogen: Die flämischen Liberalen erhalten den Vorsitz in der Kammer, während die frankophonen Liberalen den Senatsvorsitzenden stellen. Dafür dürfen die frankophonen Sozialisten im nächsten Jahr das belgische Mitglied der EU-Kommission bestimmen.

Die Aufteilung der Ressorts erfolgte so, dass sich die Liberalen in erster Linie um Wirtschaft und Finanzen kümmern, während Beschäftigung und der soziale Bereich in den Händen der Sozialisten liegen.

Erste Maßnahmen der Regierung

Noch vor der Sommerpause wird das Parlament die Lizenzvergabe für Importe und Exporte von Waffen, worüber zuletzt stark debattiert wurde, regionalisieren und eine Ausnahme vom Tabakwerbeverbot verabschieden, um in Belgien wieder einen Formel 1 Grand-Prix zu ermöglichen.

Zudem wird die „universelle Zuständigkeit“ der belgischen Justiz bei Kriegsverbrechen nach heftiger Kritik vor allem durch die USA, die zwischenzeitlich gar den NATO – Hauptsitz in Brüssel in Frage gestellt hatten, abgeändert: Zukünftig muss ein „klarer Bezug zu Belgien“ gegeben sein und es sich um ein nicht-demokratisches Land handeln, in dem die eigene Justiz die Straftat nicht verfolgen kann. Dadurch soll politische Willkür ausgeschlossen werden, aber weiterhin die Möglichkeit zur Strafverfolgung bei internationalen Menschenrechtsverletzungen bestehen.

In der ersten Kabinettsitzung wurden außerdem einige Maßnahmen zur Umsetzung des Regierungsprogramms beschlossen, wie etwa eine Steueramnestie, um im Ausland geparkte Schwarzgelder zurück ins Land zu holen, eine Anhebung der Bezinsteuer, sowie die Erhöhung der Tabaksteuer, deren Einnahmen in das Gesundheitswesen fließen sollen.

Pressestimmen über die neue Regierung

In der Presse und selbst von der Opposition wird vor allem positiv hervorgehoben, dass mit der neuen Regierung ein sehr junges Team an den Start geht. Das Durchschnittsalter liegt bei nur 42 Jahren, wobei das jüngste Mitglied, die flämische Sozialistin *Freya Van den Bossche*, erst 28 Jahre alt ist. Außerdem ist der Frauenanteil der höchste in der belgischen Geschichte.

Schwer wird die Regierung es trotzdem haben, so die allgemeine Stimmungslage. Insbesondere drei verschiedene Faktoren werden dafür verantwortlich gemacht: Auf der einen Seite die schlechte Konjunktur und Geldmangel und auf der anderen die im nächsten Juni anstehenden Regional- und Gemeinschaftswahlen. Somit befänden sich die Regierungsparteien zunächst noch im Wahlkampf.

Außerdem sei in den Koalitionsverhandlungen das besonders von den Flamen für wichtig erachtete Thema der Kompetenzverlagerung in die Regionen ausgeklammert worden. Dies ergebe einigen Zündstoff für den Wahlkampf. In den Ergebnissen dieser Wahlen sehen einige Kommentatoren somit gar einen möglichen Stolperstein für den Fortbestand der Regierung. Insbesondere, da Sozialisten und Liberale beinahe gleich stark aus den letzten Wahlen hervorgegangen sind, wird hierbei als Handicap gesehen. So sei die Gefahr groß, dass man sich nichts schenken würde und sich somit gegenseitig neutralisiere.

Als weiteres Handicap wurde genannt, dass sowohl Außenminister *Louis Michel* als auch Verteidigungsminister *André Flahaut* ihre Posten trotz starker Kritik u.a. an ihrer Rolle in der Irakkrise behielten. Die flämische Tageszeitung DE STANDAARD sprach von den beiden als eine „Katastrophe für das internationale Ansehen Belgiens“.

Nach Einschätzung der flämischen Tageszeitung HET VOLK haben die Frankophonen ihre Interessen vertreten und die flämischen Forderungen abgelehnt. Das führt sie zu dem Schluss, dass die flämischen Politiker versagt haben.

Die Lage und Stimmungen der Opposition

Die Tageszeitung LE SOIR stellte fest, dass die Haltung der flämischen Christdemokraten CD&V in der ersten Parlamentsdebatte zeige, dass der Appell des Premierministers zur nationalen Einheit nicht gehört wurde. Problematisch könne dies insbesondere im Hinblick auf eine weitere Staatsreform werden, für die die Regierungskoalition auch auf die Stimmen der CD&V angewiesen sein wird.

Auch Kritik bezüglich der Erhöhung der Benzinpreise kam direkt der CD&V: Diesen Schritt als Mobilitäts- oder Umweltmaßnahme zu verkaufen, sei Bauernfängerei.

Dieser Einschätzung schlossen sich die flämischen Grünen von AGALEV an und bedauerten, dass grüne Akzente in dieser Regierung allenfalls grau seien. Neben der Benzinsteuern, die ohne zusammenhängende Politik nur der Auffüllung der Staatskasse diene, nannte der AGALEV-Sprecher auch die Abschwächung des Völkermordgesetzes, sowie die Regionalisierung der Waffenexporte, womit die Föderalregierung peinlicherweise ihr Gewissen regionalisieren wolle.

Zusätzliche Kritik kam von der CD&V, aber auch vom rechten VLAAMS BLOCK bezüglich des vermeintlichen Übergewichts der Frankophonen bei der Verteilung der Posten. Der neue Parteivorsitzende der CD&V, *Yves Leterme*, kündigte an in den nächsten Tagen ein Schattenkabinett vorzustellen.

Die wallonischen Oppositionsparteien, die konservative CDH und die Grünen von ECOLO warnten vor Engpässen im Staatshaushalt. Nach Überprüfung des Koalitionsvertrags kommen Sprecher beider Parteien zu der Einschätzung, dass die von der Regierung in Aussicht gestellten Vorhaben nicht finanzierbar seien.

CDH-Chefin *Milquet* nannte das Regierungsabkommen einen Wunschcatalog ohne Preisangaben. ECOLO zweifelt die von der Regierung geplante Schaffung von 200.000 neuen Erwerbsplätzen an. Auch die neuen Nachtflugbestimmungen werden von ECOLO, die noch kurz vor den Wahlen die alte Regenbogenkoalition auf Grund dieses Streitpunktes verlassen hatten, abgelehnt.

Während nach der Wahlniederlage vom 18. Mai die Vorsitzenden von CD&V, ECOLO und AGALEV zurückgetreten sind und inzwischen eine neue Führungsspitze gewählt worden ist, wird über den Vorsitz der CDH turnusgemäß erst im Oktober entschieden.

Die Präsidentin der CDH, *Joëlle Milquet* gab an, die erste Prüfung, nämlich die föderalen Wahlen, bestanden zu haben, auch gegenüber der neuen christlich-demokratischen Partei CDF (Chrétien démocrates francophones). Sie richtet ihren Blick vor allem in die Zukunft, auf die anstehenden Regional- und Gemeindefwahlen, als nächste Herausforderungen. Aus den Reihen der CDH waren jedoch auch Sorgen zu hören, dass die Neuwahlen zum Parteivorsitz vor den Wahlen den Eindruck einer geteilten Partei vermitteln könnten, falls die Wahl nicht schnell über die Bühne gehe.

Bemerkenswertes

Die erstmals angewandte Frauenquote hatte den erhofften Effekt und steigerte den Frauenanteil im Parlament im Vergleich zu den letzten Wahlen um über 10%. Somit sind knapp mehr als 1/3 der Abgeordneten weiblich. Und auch in der Regierung ist der Frauenanteil mit 5 von 15 Ministern und 2 von 6 Staatssekretären so hoch wie noch nie!



Guy Verhofstadt mit den 5 Ministerinnen

Foto:
La Libre Belgique

Die neueingeführte 5%-Hürde, deren Ziel u.a. auch die

Eindämmung der kleineren radikalen Parteien, wie des Front National, war, hat ihr Ziel nicht erreicht. Der FN zog sowohl in das Parlament, als auch in den Senat ein. Im Senat war der Versuch der CDH gescheitert, einen Senatsplatz für den FN zu verhindern. *Francis Delpérée*, Professor an der Katholischen Universität Löwen, der sich als unabhängiger Kandidat für die CDH zur Wahl gestellt hatte, sollte durch eine gemeinsame Liste aller demokratischen frankophonen Parteien noch am FN vorbei in den Senat geschleust werden. Dies hätte jedoch eine

sehr weite Auslegung der Rechtslage bedeutet, zu der die anderen Parteien, die den FN wörtlich nur mit demokratischen Mitteln bekämpfen wollen, nicht bereit waren.

Vincent de Coorebyter, Generaldirektor des politischen Forschungs- und Informationszentrums CRISP, hatte nach den Wahlen davor gewarnt, über demokratische Wahlentscheidungen des Wähler hinwegzugehen, selbst dann, wenn das Ergebnis nicht gefalle.

Was für den FN im Endeffekt nicht verhindert werden konnte, wurde jedoch im Nachhinein noch für die flämischen Grünen von AGALEV ermöglicht: Obwohl AGALEV den Sprung in die Kammern des föderalen Parlamentes nicht mehr schaffte, sind sie jetzt mit einem Abgeordneten im Senat vertreten. *Jacinta De Roeck* akzeptierte, von SP.A und Spirit in den Senat gesandt zu werden.

Aus europäischer Perspektive ist der Einfluss der Regierungsbildung auf die Arbeit der Belgier im Konvent interessant: Da die Phase der Regierungsbildung auch mit der entscheidenden Endphase des Europäischen Verfassungskonventes einherging, waren die Konventsmitglieder, Außenminister *Louis Michel* (MR) und die beiden Parteichefs *Karl de Gucht* (VLD) und *Elio Di Rupo* (PS), kaum noch in der Lage, persönlich an den Sitzungen teilzunehmen. Aktivster belgischer Vertreter war somit Ex-Premierminister und Vizepräsident des Konvents *Jean-Luc Dehaene* von der EVP.

Europa spielte jedoch im Wahlkampf und in den Verhandlungen zur Regierungsbildung nur eine Nebenrolle. Ob *Verhofstadt II* die gesamte Wahlperiode regieren wird, was einige Kommentatoren und die Opposition bezweifeln, wird von anderen Faktoren abhängen: Das Gelingen des doppelten Spagats zwischen den zwei verschiedenen Gesellschaftsvisionen der Koalitionspartner und zwischen den beiden großen Sprachgemeinschaften des Landes, scheint entscheidend dafür zu sein, ob das Regierungsbündnis die wichtigen Regional- und Gemeinschaftswahlen im kommenden Jahr überdauern wird.

Zusammensetzung der neuen Regierung:

Premierminister	<i>Guy Verhofstadt</i> (VLD)
Vize-Premierminister und Justizminister:	<i>Laurette Onkelinx</i> (PS)
Vize-Premierminister und Minister für Haushaltsfragen und Öffentliche Unternehmen	<i>Johan Vande Lanotte</i> (SP.A)
Vize-Premierminister und Außenminister	<i>Louis Michel</i> (MR)

Vize-Premierminister und Innenminister	<i>Patrick Dewael (VLD)</i>
Minister für Arbeit und Pensionen	<i>Frank Vandenbroucke (SP.A)</i>
Verteidigungsminister	<i>André Flahaut (PS)</i>
Minister für Entwicklungszusammenarbeit:	<i>Marc Verwilghen (VLD)</i>
Finanzminister	<i>Didier Reynders (MR)</i>
Minister für soziale Angelegenheiten und Volksgesundheit	<i>Rudy Demotte (PS)</i>
Minister für Wirtschaft, Energie, Außenhandel und Wissenschaftspolitik	<i>Fientje Moerman (VLD)</i>
Minister für Mobilität und Sozialwirtschaft	<i>Bert Anciaux (SPIRIT)</i>
Minister für öffentliche Aufgaben, soziale Integration und Großstadtpolitik	<i>Marie Arena (PS)</i>
Minister für Mittelstand und Landwirtschaft	<i>Sabine Laruelle (MR)</i>
Minister für Umwelt, Verbraucherschutz und nachhaltige Entwicklung	<i>Freya Van den Bossche (SP.A)</i>